

Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des **Gemeinderates**
der **Marktgemeinde TERNBERG**, am **23. März 2004, 19.00 Uhr**,
Tagungsort: *Sitzungssaal des Marktgemeindeamtes Ternberg*

Anwesende:

- | | |
|--|---------------------------------------|
| 1. Bgm. Buchberger Alois (ÖVP)
als Vorsitzender | 10. Vize-Bgm. Steindler Leopold (SPÖ) |
| 2. Vize-Bgm. Kleindl Josef (ÖVP) | 11. GV Krieger Hugo (SPÖ) |
| 3. GV Ahrer Andreas (ÖVP) | 12. GV Müller Gerhard (SPÖ) |
| 4. GV Mayr Hermann (ÖVP) | 13. GR Nagler Wilhelm (SPÖ) |
| 5. GR Mag. Hollnbuchner Birgit (ÖVP) | 14. GR Eibenberger Franz (SPÖ) |
| 6. GR Großwindhager Ferdinand (ÖVP) | 15. GR Wiltshko Pia (SPÖ) |
| 7. GR Pörnbacher Josef (ÖVP) | 16. GR Hager Johann (SPÖ) |
| 8. GR Großtesner Johann (ÖVP) | 17. GR Gierer Franz (SPÖ) |
| 9. GR Gruber Helmut (ÖVP) | 18. GR Großteßner-Hain Josef (BPT) |

Ersatzmitglieder:

Gumpoldsberger Rudolf (ÖVP)	für	GR Großwindhager Stefan (ÖVP)
Moser Melitta (ÖVP)	für	GR Molterer Theresia (ÖVP)
Brandner Oliver (ÖVP)	für	GR Ing. Derfler Franz (ÖVP)
Payrhuber Franz (ÖVP)	für	GR Rogner Christian (ÖVP)
Steindler Günther (SPÖ)	für	GR Wimmer Karl-Heinz (SPÖ)
Dr. Zischkin Reinhold (BPT)	für	GR Schörkhuber Anna (BPT)

Der Leiter des Gemeindeamtes: Amtsleiter Haider Johann

Fachkundige Personen (§ 66 Abs. 2 O.ö. GemO. 1990) :-----

Mitglieder mit beratender Stimme in Ausschüssen (§ 18 Abs. 4 O.ö. GemO. 1990): ---

Es fehlen:

entschuldigt:

GR Molterer Theresia
GR Großwindhager Stefan
GR Ing. Derfler Franz
GR Rogner Christian
GR Wimmer Karl-Heinz
GR Blasl Edgar
GR Schörkhuber Anna
GR Brandstetter Karl
GR Pörnbacher Florian
GR Buchberger Christian
GR Pumsleitner Johann
GR Nemeth Andreas

unentschuldigt:

Der Schriftführer: Schauer Annemarie

Der Vorsitzende eröffnet um **19.00 Uhr** die Sitzung und stellt fest, dass

a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;

die Verständigung hierzu an alle Mitglieder zeitgerecht nachweislich am 12. März 2004 erfolgt ist, nachdem die Sitzung, zusätzlich zu den im Sitzungsplan vom 17. Dezember 2003 für alle im Jahre 2004 geplanten Gemeindevorstands- und Gemeinderatssitzungen, einberufen wurde; die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist, nachdem 24 Gemeinderatsmitglieder anwesend sind;

b) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 12. Februar 2004 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Als Protokollunterfertiger werden folgende Gemeinderäte namhaft gemacht:

ÖVP: GR Großwindhager Ferdinand

SPÖ: GR Nagler Wilhelm

BPT: GR Großteßner-Hain Josef

FPÖ: Es ist kein Mitglied anwesend

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

1. Bebauungsplan Nr. 38 „Hiesberger-Styria“, Abänderung gemäß Bebauungsvorschlag der STYRIA Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft, 4400 Steyr, Preuenhueberstraße 3 – Grundsatzbeschluss.
2. Allfälliges.

1. P u n k t

Bebauungsplan Nr. 38 „Hiesberger-Styria“, Abänderung gemäß Bebauungsvorschlag der STYRIA Gemeinnützige Steyrer Wohn- und Siedlungsgenossenschaft, 4400 Steyr, Preuenhueberstraße 3 – Grundsatzbeschluss.

Der Bürgermeister berichtet, dass die heutige Sitzung, zusätzlich zu den planmäßig festgelegten Sitzungen, deswegen einberufen wurde, weil die Styria beabsichtigt, im Bereich der Hiesberger-Derfler-Gründe einen Wohnblock zu errichten. Hierzu ist es notwendig, dass der Bebauungsplan Nr. 38 „Hiesberger-Styria“ geringfügig abgeändert wird.

Von der Styria wurde um rasche Erledigung ersucht, damit die nötigen Schritte zur Errichtung des Wohnhauses so bald wie möglich eingeleitet werden können. Nachdem es auch im Interesse der Gemeinde liegt, dass neue Wohnungen errichtet werden, wurde die heutige Sitzung einberufen.

Der Bürgermeister verliest das diesbezügliche Ansuchen der Styria vom 17.03.2004 vollinhaltlich.

Er bringt dem Gemeinderat nun den von der Bauabteilung vorbereiteten Amtsvortrag wie folgt zur Kenntnis:

„Die Gemeinnützige Steyrer Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft STYRIA, 4400 Steyr, Preuenhueberstraße 3, hat um die Abänderung des Bebauungsplanes Nr. 38 "Hiesberger-Styria" angesucht.

Die STYRIA beabsichtigt die Errichtung von 44 Wohneinheiten inklusive einer Wohnoffensive (für behinderte Menschen), bestehend aus einer Stammwohnung und zwei Einzelwohnungen. Es entstehen insgesamt vier Wohnhäuser mit 8 Stiegenhäusern in voraussichtlich 3 Bauetappen. Die südlich gelegenen Baukörper werden über Tiefgaragen erschlossen.

Die Änderung des Bebauungsplanes ist einerseits durch die restriktiven Vorgaben bezüglich Behindertenwohnungen erforderlich, andererseits ist eine höhere Bebauungsdichte für eine wirtschaftliche Umsetzung des Projektes zwingend notwendig.

Die STYRIA möchte als erste Etappe mit dem Objekt hinter dem Wohnblock „Wildgansstraße“ beginnen. Das Gebäude soll als „Miet-Kauf-Haus“ errichtet werden, das heißt, dass die Mieter ihre Wohnung nach 10 Jahren auch kaufen können.

Da die Liste der Wohnungssuchenden sehr lang ist, sollte der Baubeginn so schnell wie möglich erfolgen. Die Förderung kann jedoch erst beantragt werden, wenn der Bebauungsplan entsprechend geändert wurde und somit auch die Baubewilligung für das Gebäude erteilt werden konnte.

In der Bauausschusssitzung am 16.03.2004 wurde das gegenständliche Ansuchen positiv behandelt. Es wurde auch darüber beraten, dass die Thalerstraße von der Einfahrt Anzengruberstraße weg verbreitert werden sollte und dies vor Erstellung des Bebauungsplanentwurfes mit dem Ortsplaner noch besprochen werden müsste.“

Der Bürgermeister erläutert nun an Hand eines Planes die Änderungen des derzeit gültigen Bebauungsplanes.

GR Großwindhager Ferdinand stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Abänderung des Bebauungsplanes Nr. 38 „Hiesberger-Styria“ gemäß dem von der STYRIA vorgelegten Bebauungsvorschlag und einer eventuell notwendigen Verbreiterung der Thalerstraße die Zustimmung zu erteilen.

GR Nagler ersucht um nähere Erläuterung der geplanten Straßenverbreiterung.

Der Bürgermeister erklärt, dass vom Bauausschuss darüber in der Sitzung 16.03.2004 beraten wurde. Demnach soll die Thalerstraße, die derzeit ab der Kreuzung Anzengruberstraße sehr schmal ist, von der Einmündung in die Bundesstraße bis zur Kreuzung Freinbergweg im Zuge der Errichtung der Wohnblöcke erweitert werden soll. Wenn vom Gemeinderat heute der Grundsatzbeschluss gefasst wird, kann der Architekt diese Straßenverbreiterung mit einplanen. Die Verbreiterung muss natürlich Richtung bebaubare Fläche erfolgen.

GR Hager hält die Verbreiterung der Straße nicht für sinnvoll. Er fragt nach der Finanzierung dieser Straßenbaumaßnahmen.

Der Bürgermeister meint, dass die Verbreiterung sehr wohl sinnvoll und wichtig ist, weil sich durch die Errichtung der Wohnblöcke das Verkehrsaufkommen wesentlich erhöhen wird. In der Nähe des Kreuzungsbereiches Freinbergweg parken jetzt schon Autos an der Thalerstraße, wodurch die Kurve sehr unübersichtlich ist. Eine Schneeräumung in diesem Bereich ist nur erschwert möglich. Der Ausbau einer Siedlungsstraße ist nur in einer Breite von 5 m sinnvoll. Die Finanzierung muss erst abgeklärt werden. Wichtig ist, dass die Straßenverbreiterung jetzt planerisch dargestellt wird, damit diese zum richtigen Zeitpunkt durchgeführt werden kann.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt der Bürgermeister über den von GR Großwindhager gestellten Antrag durch Handerheben abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Punkt

Allfälliges.

Voranschlag für das Finanzjahr 2004:

Der Bürgermeister berichtet, dass der vom Gemeinderat am 04.12.2003 beschlossene Voranschlag für das Finanzjahr 2004 der Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land zur Überprüfung und Begutachtung vorgelegt wurde.

Die BH Steyr-Land hat mit Schreiben vom 23.01.2004, Gem40-27-2004, dazu Stellung genommen.

Der Bürgermeister verliest nun diese Stellungnahme vollinhaltlich.

Die Stellungnahme liegt der Verhandlungsschrift bei und bildet einen wesentlichen Bestandteil derselben.

Der Bürgermeister ersucht dazu um Wortmeldungen.

Es erfolgen dazu keine Wortmeldungen.

Ankündigung der Fernsehsendung „Aufgegabelt in Österreich“:

Der Bürgermeister berichtet, dass vom Fernsehen, im Programm ORF 2, am 12.04.2004 um 18.00 Uhr, eine Fernsehsendung mit dem Titel „Aufgegabelt in Österreich“ über unsere Region gesendet wird. Vom MTV Nationalpark Region Ennstal wurden dazu Ankündigungskarten mit dem Ersuchen um Verteilung in der Gemeinde Ternberg ersucht.

Der Bürgermeister verteilt diese Karten an die Gemeinderatsmitglieder.

Betreubares Wohnen:

GR Krieger fragt bezüglich der Errichtung des Objektes „Betreubares Wohnen“ welche Schritte bis jetzt erledigt wurden und welche in absehbarer Zeit erfolgen werden?

Der Bürgermeister erklärt, dass von der Styria die Planung soweit abgeschlossen bzw. vorbereitet ist, dass das Projekt bauverhandlungsfähig wäre. Mit den Ehegatten Sporn wurde von der Styria der Kauf des Grundstückes im Ausmaß von 2.600 m², welches für das „Betreute Wohnen“ notwendig ist, mündlich vorbesprochen. Die Vermessung wurde bereits in Auftrag gegeben und soll in den nächsten Wochen erfolgen. Für den Grund, der für das Seniorenwohnheim benötigt wird, wurde mit den Ehegatten Sporn ein Optionsvertrag abgeschlossen. Demnach haben sich die Ehegatten Sporn verpflichtet, diesen Grund in den nächsten 10 Jahren für das Seniorenwohnheim zu verkaufen.

Die Unterlagen für das Land Oö. wurden bereits von Altbürgermeister Ing. Weber, in der Folge von ihm und von Frau Sparr an das Land übermittelt, weil vom Land ständig Ergänzungen gefordert werden. Ihm erscheint es so, als wären diese Forderungen eine Verzögerungstaktik von Seiten des Landes.

GR Krieger fragt, ob es noch Anfragen vom Land gibt, die noch nicht erfüllt wurden?

Der Bürgermeister meint, dass alle Auflagen erfüllt sind. Es sind immer wieder Kleinigkeiten, die vom Land urgiert werden. Es wurde z.B. der vorgelegte Betreuungsvertrag mit dem Roten Kreuz zurückgewiesen, weil der Wortlaut nicht genau den Vorstellungen des Landes entsprach, obwohl der gleiche Text von anderen Gemeinden vorgelegt und auch akzeptiert wurde.

Der Bürgermeister bringt vor, dass auf Grund einer Anfrage von Vize-Bgm. Steindler bei LR Ackerl diesem mitgeteilt wurde, dass der Baubeginn für heuer nicht in Aussicht gestellt werden kann. Er meint dazu, dass alles unternommen wird, dass der für heuer bereits zugesagte Baubeginn auch eingehalten wird.

Vize-Bgm. Steindler erklärt, dass er sich beim Land Oö. über die genaue Sachlage erkundigt hat. Demnach ist die Sachbearbeiterin, Frau Böhm, in einer Fachabteilung tätig, die keiner politischen Partei untersteht. Wenn in dieser Fachabteilung alle erforderlichen Details (Planungsunterlagen, Betreuungsvertrag, Mietverträge, Vergaberichtlinien, Mietzins, etc.) abgeschlossen sind, dann wird der Akt an die politische Abteilung weitergegeben und vom zuständigen Landesrat weiterbearbeitet. Nach Abklärung der finanziellen Seite erhält die Gemeinde eine Verständigung, Gleichzeitig wird auch die Wohnbauabteilung des Landes verständigt, damit die Mittel flüssig gemacht werden können. Erfahrungsgemäß erstrecken sich diese Vorbereitungen auf einen Zeitraum von ungefähr einem Jahr.

Laut Auskunft von Frau Böhm hat bisher keine Erledigung des Aktes erfolgen können, weil verschiedene Dinge, wie z.B. der Grundkauf, noch offen waren. Der abgeschlossene Grundkauf ist deshalb wichtig, weil der Grundpreis in die Miete eingerechnet werden muss.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich die Einreichung der Unterlagen bereits über ein Jahr erstreckt. Von Frau Böhm wurden immer wieder Unterlagen zurückgewiesen, nicht weil etwas gefehlt hat, sondern nicht gepasst hat. Zu den Mieten meint er, dass diese festgelegt sind. Soweit ihm bekannt ist, beträgt die Miete für eine 50 m² große Wohnung € 333,- zuzüglich der Kosten für den Betreuungsvertrag. Dieser Punkt wäre also auch erledigt.

Zum Projekt „Betreubares Wohnen“ meint er im Allgemeinen, dass man sich gemeinsam, im Interesse aller, ohne politische Ambitionen, bemühen sollte, dass der Baubeginn noch für heuer festgelegt wird.

Schottergrube Bernegger – vermehrtes Verkehrsaufkommen:

GR Zischkin bringt vor, dass sich das Verkehrsaufkommen der LKW's zur Schottergrube Bernegger erhöht hat. Er fragt, ob bekannt ist, was transportiert wird?

Der Bürgermeister erklärt, dass seines Wissens nach der Schotter, der für die Asphaltmischanlage benötigt wird, zur Gänze aus Molln angeliefert wird. Diese Auskunft wurde ihm von einem führenden Mitarbeiter der Firma Bernegger im vergangenen Jahr gegeben.

GR Großteßner-Hain meint dazu, dass es sich bei dem angelieferten Material sicherlich nicht nur um Schotter handelt, sondern auch Humus und anderes Deponiematerial dabei sein muss. Es wurden bis zu 40 Fahrzeugen pro Tag gezählt, die die Schottergrube beliefern. Er möchte wissen, um welches Deponiematerial es sich hier wirklich handelt bzw. woher das Material stammt.

Der Bürgermeister erklärt, dass er nicht darüber informiert ist, ob die Firma Bernegger Aufzeichnungen über die Herkunft des Materials machen muss. Über die Menge müssen jedoch Aufzeichnungen gemacht werden. Der Firma Bernegger wurde auf alle Fälle die Auflage für die Auffüllung der Grube mit Erdmaterial bzw. kontaminierten Material erteilt.

Kornblumenstraße (Michlmayrsiedlung) – Geschwindigkeitsbeschränkung:

Vize-Bgm. Steindler fragt, ob eine Möglichkeit besteht, dass in der Kornblumenstraße im Bereich der „Michlmayrsiedlung“ eine Geschwindigkeitsbeschränkung aufgestellt wird. Er meint, dass dies dringend notwendig wäre, weil dort sehr schnell gefahren wird. Weiters ersucht er zu prüfen, ob der Anhänger im Bereich der Kurve dort rechtmäßig abgestellt ist. Weiters meint er, dass in der Ortschaft Dürnbach die Beschränkung im Vergleich zur Kornblumenstraße relativ schnell genehmigt wurde, obwohl dort die Autos nicht so schnell fahren.

Der Bürgermeister meint, dass die Entscheidung in Dürnbach nicht schneller erfolgt ist und in der Kornblumenstraße nicht langsamer geht. Der Ablauf ist für alle Beschränkungen gleich. Zuerst muss ein Ansuchen gestellt werden, danach findet eine Überprüfung von den Verkehrsexperten der BH Steyr-Land statt. Von der Verkehrsabteilung wird dann entschieden, ob dem Ansuchen entsprochen werden kann oder nicht. Wenn die Zustimmung erteilt wird, erfolgt dann die Umsetzung. Im Fall Kornblumenstraße steht die Bereisung mit den Verkehrsexperten noch aus, weil das Anliegen erst Anfang dieses Jahres an die Gemeinde herangetragen wurde.

Zum parkenden Anhänger in der Kurve meint er, dass dies vielleicht gar nicht so schlecht ist, weil die Verkehrsteilnehmer wegen der schlechteren Sicht doch etwas langsamer fahren.

Vize-Bgm. Kleindl erklärt, dass im November des Vorjahres von den Verkehrsexperten eine Bereisung in einer anderen Angelegenheit durchgeführt wurde, an der er teilgenommen hat. Dabei wurde erklärt, dass im April 2004 in der Kornblumenstraße eine Geschwindigkeitsmessung durchgeführt wird und dann eine Entscheidung bezüglich einer Beschränkung getroffen wird. Die Messungen werden nie während der Winterzeit durchgeführt, weil die Autofahrer in dieser Jahreszeit langsamer fahren.

Übernahme der ASZ-Mitarbeiter durch das LAVU:

Vize-Bgm. Steindler fragt, ob sich durch die Übernahme der ASZ-Mitarbeiter durch das LAVU irgendwelche Probleme bei den Mitarbeitern ergeben haben? Er erwähnt, dass ihm darüber berichtet wurde, dass sich für die Mitarbeiter angeblich finanzielle Einbußen ergeben haben, obwohl vom LAVU zugesagt wurde, dass dies nicht so sein wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass von den Landesprüfern die Auflage erteilt wurde, bezüglich der Führung des ASZ eine kostengünstiger Lösung zu finden. Von den ASZ-Mitarbeitern wurde im vergangenen Jahr der Wunsch geäußert, dass sie beim LAVU angestellt sein möchten, weil die Anstellungs-Bedingungen dort angeblich günstiger sein sollen. Es wurden daraufhin mit Herrn Breitenfellner vom LAVU einige Gespräche in dieser Richtung geführt. Es hat sich dabei herausgestellt, dass die Arbeiter beim LAVU ca. € 0,25 weniger Stundenlohn bekommen würden, aber dafür die Entlohnung nach dem Kollektivvertrag der Chemiarbeiter erfolgen würde. Es haben dann alle ASZ-Mitarbeiter ihre schriftliche Zustimmung zur Übernahme durch das LAVU gegeben. Bei der Auszahlung des ersten Lohnes wurde jedoch festgestellt, dass der Differenzbetrag beim Stundenlohn mehr als € 0,25 beträgt.

Die ASZ-Mitarbeiter haben sich darüber bei ihm beschwert, worauf er versucht hat, mit Herrn Breitenfellner deswegen Kontakt aufzunehmen. Dabei stellte sich heraus, dass Herr Breitenfellner in der Zwischenzeit schwer erkrankt ist. Sein Vertreter, Herr Riener, wollte in die Sache nicht eingreifen, weil Herr Breitenfellner alles abgewickelt hat. In der Zwischenzeit hat sich aber Herr Riener gemeldet und zugesagt, dass man sich bemühen wird, eine zufrieden stellende Lösung herbeizuführen. Eine schriftliche Stellungnahme steht noch aus.

Der Bürgermeister ergänzt zur Sache, dass von ein bis zwei ASZ-Mitarbeitern das Feuer geschürt wird. Unter anderem wird damit argumentiert, dass die ASZ-Mitarbeiter in der Gemeinde Großraming ihre Unterschrift zur Übernahme durch das LAVU nicht gegeben haben. Tatsache ist aber, dass es für die Arbeiter in Großraming nur Werkverträge gibt und schlechter bezahlt werden, als in Ternberg.

Der Bürgermeister erklärt, dass er auf jeden Fall alles versuchen wird, damit die Erledigung in der besprochenen Form erfolgen wird.

Ausgliederung des Schülertransportes:

Vize-Bgm. Steindler bringt vor, dass vor Kurzem eine Besprechung mit der Firma Strasser wegen einer eventuellen Übernahme des Schülertransportes stattgefunden hat. Er fragt nach dem derzeitigen Stand in dieser Angelegenheit.

Der Bürgermeister erklärt, dass von der Firma Strasser bis jetzt kein schriftliches Angebot vorgelegt wurde. Von Herrn Strasser wurde bei der Besprechung vorgebracht, dass er, im Falle einer Einigung, die Schulbusfahrer von der Gemeinde übernehmen möchte. Dafür müssten die Bedingungen erst ausgehandelt werden. Im Falle einer Einigung, wäre die Ausgliederung des Betriebes die vernünftigste Lösung. Die Busse könnten in diesen Betrieb eingebracht werden und der Transport könnte mit dem erfahrenen Personal weitergeführt werden.

Glockersteg:

GR Hager bringt vor, dass er von Ternberger Bürgern auf den desolaten Zustand des Glockersteges hin angesprochen wurde. Er habe daraufhin eine Besichtigung vorgenommen und festgestellt, dass der ganze Stahlbau und die Stufen stark in Mitleidenschaft gezogen sind.

Er meint, dass es ein großes Sicherheitsproblem geben wird, wenn nicht bald etwas unternommen wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Problem bekannt ist und dass bereits darüber beraten wurde, welche Firma mit der Überprüfung beauftragt werden soll.

Amtsleiter Haider teilt mit, dass ein Statiker mit der Überprüfung des Stahlbaues befasst werden muss. Bezüglich der Stufen teilt er mit, dass diese schon seit 20 Jahren laufend repariert werden, weil immer wieder der Beton von den einzelnen Stufen abbröckelt. Eine Überprüfung ist sicher notwendig. Für die Sanierung sind hohe Kosten zu erwarten.

GR Hager erklärt, dass es einen gültigen Gemeinderatsbeschluss für die Sanierung des Glockersteges gibt.

Amtsleiter Haider meint, dass dies richtig ist. Die Vollziehung des Beschlusses ist ein finanzielles Problem.

Der Bürgermeister meint, dass es nur zwei Lösungen gibt, nämlich wegreißen oder sanieren.

Amtsleiter Haider meint, dass die großzügigste, aber vernünftigste Lösung eine Unter- oder Überführung nicht nur für die Fußgänger, sondern auch für den Verkehr wäre. Bei dieser Variante könnte der Ofnerschranken und der Schranken beim Stellwerk aufgelöst werden. Diese Lösung würde sowohl Vorteile für die Bundesbahnen als auch für die Gemeinde bringen. Es wäre aber auch die teuerste Lösung.

Vize-Bgm. Steindler schlägt vor, mit den Bundesbahnen Kontakt aufzunehmen. Man könnte z.B. einen Vorschlag bezüglich der „Bahngründe“ unterbreiten, nachdem die ÖBB schon einmal den Wunsch einer Aufschließung angeschnitten haben.

Amtsleiter Haider weist darauf hin, dass für den Fall, dass das Projekt „Glockersteg“ in Angriff genommen und genehmigt werden sollte, damit zu rechnen ist, dass es für die bereits für die nächste Zeit geplanten Straßenprojekte (Asphaltierung der Schwandaustraße, Erschließung des Derflerfeldes, etc.) keine Genehmigung geben wird. Der Gemeinderat wird sich für eine Prioritätenreihung zwischen Glockersteg oder sonstigen Straßenbauvorhaben entscheiden müssen.

Der Bürgermeister meint dazu, dass man auf alle Fälle Gespräche mit den Bundesbahnen führen wird.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um **19.55 Uhr**.

.....
(Vorsitzender)

.....
(ÖVP-Gemeinderatsmitglied)

.....
(Schriftführer)

.....
(SPÖ-Gemeinderatsmitglied)

.....
(BPT-Gemeinderatsmitglied)

.....
(FPÖ-Gemeinderatsmitglied)

Der Vorsitzende beurkundet hiemit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden/über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.)*

TERNBERG, am

Der Vorsitzende:

*) Nichtzutreffendes streichen!

